

Nr. 1/Juli 2011

Das Afrika-Konzept der Bundesregierung: An der Realität vorbei

Am 15. Juni 2011 hat die Bundesregierung erstmals ein ressortübergreifendes Afrika-Konzept vorgelegt. VENRO hatte bereits in einer Stellungnahme vom April 2010 seine Erwartungen an die deutsche Afrikapolitik veröffentlicht. Das nun vorgelegte Papier stößt bei VENRO auf Kritik, denn es zeigt unter entwicklungspolitischen Aspekten erhebliche Schwächen. Grundsätzlich bewertet der Verband die Erstellung eines solchen Konzeptes positiv. Es könnte ein geeignetes Instrument sein, um die Ziele der einzelnen Bundesministerien so miteinander abzustimmen, dass sie zumindest nicht kontraproduktiv für die Entwicklungsländer sind. Oberstes Ziel für Afrika muss die Armutsbekämpfung bleiben. Positiv bewertet der Verband auch, dass das im Konzept vermittelte Afrikabild nicht durch Krisen und Katastrophen geprägt ist, sondern Afrika als „Kontinent der Chancen“ begreift.

Der Afrika-EU-Gipfel hat 2007 mit der Gemeinsamen Afrika-EU-Strategie eine neue Ära in den Beziehungen zu den afrikanischen Ländern eingeläutet: „eine Partnerschaft auf Augenhöhe“ sollte das „alte“ Geber-Nehmerverhältnis ablösen. Begrüßenswert ist, dass die Bundesregierung ihr Afrika-Konzept in diese neue Vision der Zusammenarbeit einbettet, die über Entwicklungszusammenarbeit hinausblickt und auf den Potenzialen und Fortschritten in den afrikanischen Gesellschaften aufbauen will.

Der durch die schwarz-gelbe Koalition eingeleitete Politikwechsel im Entwicklungsbereich hat auch im Afrika-Konzept Fußabdrücke hinterlassen. Entwicklungspolitische Leitbilder wie die Millenniumsentwicklungsziele (MDG) spielen eine untergeordnete Rolle. Wirtschaftswachstum heißt das Allheilmittel. Die Frage des nachhaltigen Wachstums, das Armen-orientiert ist, kommt zu kurz. Hieran müsste der Wirtschaftspartnerschaftsansatz im deutschen Afrikakonzept ausgerichtet

sein, so dass auch Problemfelder wie gerechte Preise für Rohstoffe, umfassender Zugang von landwirtschaftlichen Produkten zum EU-Binnenmarkt und Verteilungsgerechtigkeit aufgegriffen werden.

Die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrisen sowie die aktuelle Hungerkatastrophe am Horn von Afrika verdeutlichen, dass Afrika – bei allem Respekt vor den neueren politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen – weiterhin die Entwicklungspartnerschaft mit Deutschland braucht. Das gilt insbesondere für die ländliche Entwicklung und die Rolle der Kleinbäuerinnen und -bauern. Weder die regionalen Infrastrukturprogramme noch die Investitionsprogramme orientieren sich an den Grundbedürfnissen der afrikanischen Bevölkerung im ländlichen Raum.

Wirtschaft ersetzt Entwicklung

Die deutsche Afrika-Politik ist eine Antwort auf den Interessenwettbewerb auf dem ressourcenreichen Kontinent. China, Indien oder Brasilien konkurrieren mit Deutschland und Europa um politischen Einfluss in den internationalen Organisationen und die Ressourcen in Afrika. Es geht also auch um die Sicherung der deutschen Wirtschaftsinteressen und die langfristige Versorgung der deutschen Industrie mit Energie und Rohstoffen.

Außenwirtschaftsförderung und Entwicklungszusammenarbeit verfolgen jedoch nicht die gleichen Interessen. Da die Integration in den Weltmarkt nicht automatisch zur Reduzierung von Armut und Hunger beiträgt, muss Außenwirtschaftspolitik entwicklungsfreundlich ausgerichtet sein. Hierzu fehlen Aussagen im Konzept, nicht einmal die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) werden kritisch gesehen.

Der Entwicklungspolitik wird im Afrika-Konzept kein hoher Stellenwert eingeräumt. Die

Bundesregierung will zudem die Ergebnisse ihrer Afrika-Politik vor allem in Bezug auf Entwicklungszusammenarbeit messen. Ein solcher Auftrag ist abzulehnen, da Entwicklungszusammenarbeit nicht ohne die Einflüsse der anderen Politikbereiche beurteilt werden kann.

Im Spannungsfeld: Interessen und Werte

Das Afrika-Konzept der Bundesregierung suggeriert, dass deutsche Interessen und universelle Werte in Einklang stehen. Sie stellt sechs gleichrangige Ziele vor: Frieden/Sicherheit, Gute Regierungsführung/Rechtstaatlichkeit, Demokratie/Menschenrechte, Wirtschaft, Umwelt/Klima, Energie/Rohstoffe sowie Nachhaltige und wissensbasierte Entwicklung. In der Realität gibt es jedoch Zielkonflikte, die oft zu Lasten der Armen ausgetragen werden. Negative Wechselwirkungen, wie etwa Menschenrechtsverletzungen beim Rohstoffabbau werden nicht thematisiert.

Dreh- und Angelpunkt: Ländliche Entwicklung

Das Thema ländliche Entwicklung ist kein Schwerpunkt der deutschen Afrika-Politik. Die Entwicklung der Landwirtschaft wird weiterhin vernachlässigt. Auf diese Weise bleibt Afrika in dem Teufelskreis von Hunger, Armut und Unterentwicklung gefangen. Ernährungssicherung erfordert den Ausbau der kleinbäuerlichen Landwirtschaft mit herkömmlichen und modernen Methoden. Sie haben in dem auf den Export und die Öffnung von Märkten ausgerichteten Afrika-Konzept keinen Platz. Damit geht das Konzept an der Lebensrealität der Armen in den ländlichen Gebieten vorbei.

Rolle der Zivilgesellschaft

Die Zivilgesellschaft wurde bei der Erarbeitung des Konzeptes nur formal konsultiert. Lediglich einzelne Aspekte der VENRO-Stellungnahme wurden im Afrika-Konzept berücksichtigt, wie beispielweise die Stärkung der Menschenrechte, und die Förderung von Gesundheit und Geschlechtergerechtigkeit. Die Bundesregierung hebt die Bedeutung der Zivilgesellschaft hervor. Dabei scheint sie aber nicht von einer eigenständigen Rolle der Zivilgesellschaft auszugehen – sie begreift diese vielmehr als Durchführungsagentur. Dies

gilt sowohl für die deutsche als auch für die afrikanische Zivilgesellschaft. Damit widerspricht sie dem Selbstverständnis der Nichtregierungsorganisationen (NRO) als „watch dogs“, als eigenständige Entwicklungsakteure und Teil der partizipativen Zivilgesellschaft, die gesellschaftliche Veränderungen zugunsten der Armen bewirken wollen. Zudem fehlt in vielen afrikanischen Staaten eine starke, vielfältige und legitimierte Zivilgesellschaft, die Demokratie und sozialen Frieden fördern kann. Dafür müssen erst angemessene rechtliche, politische und finanzielle Rahmenbedingungen in den afrikanischen Ländern geschaffen werden.

IMPRESSUM

Herausgeber

Verband Entwicklungspolitik deutscher
Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO)
Dr. Werner-Schuster-Haus
Kaiserstraße 201
53113 Bonn
Tel.: 0228/9 46 77-0
Fax: 0228/9 46 77-99
E-Mail: sekretariat@venro.org
Internet: www.venro.org

Redaktion

Anke Kurat (verantwortlich) und Kirsten Prestin